

**Bezugspreise:**  
Für Halle monatlich bei zweimonatlicher  
Lieferung 7,50 Mark, vierteljährlich  
22,50 Mark, durch die Post monatlich  
8,25 Mark, vierteljährlich 24,75 Mark  
einschl. Zustellungsgebühr. Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
poststellen angenommen. Im  
amtlich, Zeitungserzeichnis unter  
Code-Nummer eingetragen. Für  
einzeln eingegangene Manu-  
skripte wird keine Gewähr ver-  
nommen. Nachdruck nur mit der  
Quellenangabe. Code-Nummer: 1103  
Gelt. fern. der Schriftleitung Nr.  
1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1103  
u. 1133, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

# Morgen-Ausgabe.

# Voelke-Zeitung

**Anzeigenpreise:**  
Die 8 gespaltene 34 mm breite Zei-  
tungszeile oder deren Raum 60 Pf.,  
Samstagsanzeigen 40 Pf., Bestan-  
den 20 mm breite Zeilenzeile  
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an  
unserer Geschäftsstelle u. sämtlich  
Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort:  
Halle. Erscheint täglich 2 mal,  
Samstags und Montags 1 mal.  
Schriftleitung und Haupt-Ge-  
schäftsstelle: Halle, Neue Prome-  
nade 1, Dr. Braubauerstr. 17.  
Haben u. Geschäftsstellen: Orth  
Halle Nr. 35 am Markt,  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4699.

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 99.

Halle, Dienstag, den 1. März 1921.

Einzelpreis 20 Pfg.

## Ein Wendepunkt in der deutschen Jugendfürsorge.

Von Prof. K. Lamer (Frankfurt a. M., Wilhelmshafen.)

Wenn wir uns mit einem raschen Wort den großen Fortschritt der Jugendfürsorge, so erinnern wir uns, daß unter friedlich dem Großen der ausgedienten Unteroffiziere als ein trefflicher Bewerker für ein Schulfach gelten konnte. Damals ist Unterricht etwas, das man jedem ohne besondere Schulung vertraute, wenn er nur selbst die Kenntnisse hatte, die er dem anderen beibringen sollte, also in diesem Falle lesen, schreiben und rechnen konnte. Seitdem ist das Unterrichten eine Kunst geworden, die ihre eigenen Regeln und Methoden hat; sie muß man gelernt haben und ausüben verstehen, wenn man heutzutage lehren und unterrichten will.

Mit der Einigkeit in die Voraussetzungen des Unterrichts trat die große Verengung im Schulwesen ein; äußerlich zeigt sich dies, indem besondere Unterrichtsanstalten entstehen, die Lehrer ausbilden. Durch die Seminare wird eine besondere Ausbildung des Lehrers geschaffen; auf ihnen erst kann erfolgreich der Volksschulung aufgebaut werden.

Eine ähnliche Wandlung vollzieht sich jetzt in der Jugendfürsorge. Was für die Hunderttausende von schuld- und strafechtigen Kindern aus öffentlichen Mitteln getan wird, geschieht durch Beamte, die außer ihren Beamtenprüfungen einzelner besondere Vorbildung aufzuweisen haben. Wer selbst ein ordentlich Mensch geworden ist, der kann, was er selbst erreicht, auch anderen, wenigstens Kindern beibringen, sie erziehen; ja noch mehr: er kann die Erziehung von Hunderten von Kindern anordnen und leiten. Ja, die Weltkenntnis mit jener früheren Zeit geht noch weiter; was nicht der gebildete Unteroffizier, das ist heute der Militärärzter. Er bildet einen harten Prognostiker unserer Verhältnisse, er ist maßvoll in all den Schäden, vertreten die Kinder zu betreuen haben. Wie einst der Unteroffizier als Lehrer, so erachtet heute der Militärärzter als Erzieher, denn Erziehung ist Wesen und Ziel aller Kindererziehung.

Solange diese öffentliche Kinderfürsorge gleichsam noch Vorgesellschaftsarbeit war, wie einst der Unterricht, genügte auch das vollkommen. Es ist recht viel Gutes nach aller Anpassung von diesen Kräften geleistet worden; nicht wenige haben sich nach und nach trefflich in ihren Berufen eingearbeitet. Allein Erziehung ist heute eine Kunst geworden, die ihre Regeln und Formen hat. Es genügt nicht, erzogen zu sein, um erziehen zu können. Eine eigene Wissenschaft der Kenntnis des Kindes, der Jugendkunde, ist herangewachsen, vielseitige Übung und Erfahrung ist notwendig, um erziehen zu lernen und erst recht dazu, die Erziehung anderer zu leiten und zu beurteilen. Die Zeit naht, wo man mit der gewöhnlichen Beamtenbildung und ihren Prüfungen weder Volksschullehrer sein, noch Erzieher sein und Erziehungsbeamten leiten kann. Bessere wird dem Geschick nach uns gleich unumgänglich erscheinen.

Welch gewaltiger Umschwung vollzieht sich da unter unseren Augen! Der Pädagoge Prof. Alois Fischer hat zum ersten Male bei dem großen Jugendfürsorgetag 1918 diesen Wandel anschaulich dargelegt: — leider sind seine Worte längst noch nicht genug gewürdigt. Wie einst der Ausbau der Lehrerbildungsanstalten die neue Zeit im Unterricht vorbereitete, ja überhaupt erst ermöglichte, so brauchen wir heute Ausbildung von Erziehern vorbildhafter Art, die als Leiter und Mitarbeiter den neuen Jugendämtern eine geistliche Wirksamkeit sichern. Zu allererst Kurse, Lehrgänge, Seminare usw. sind notwendig dazu, da, obwohl wir uns vorerst mit der Schulung in der Praxis selbst, vor allem in der Anstalt, mit der Weiterbildung der Kräfte, die schon in der Arbeit tätig, begnügen müssen.

Wie die Volksschulegelehrte einst eine neue Zeit des Unterrichts so leitet das neue Jugendfürsorgeamt eine neue Zeit öffentlicher Erziehung ein. Da darf es an der Forderung nicht vorbeigehen, daß dafür eine neue Ausbildung unumgänglich ist. Schon zeigen sich gelegentlich die Uebelstände ungeschulter Arbeit bei den Jugendämtern. Wie man die Beamten, die in der Arbeit sind, erziehen können; aber es wird für die Zukunft als Grundregel aufstellen müssen, daß man am Jugendamt nur arbeiten darf, wenn man mindestens ein Jahr unmittelbare Erziehungsarbeit, am besten solche in einer Anstalt geleistet hat. Nur so wird die Götze seiner Aufgabe gerecht, nur dann werden die Jugendämter Erziehungsbeamten werden.

## Die Londoner Konferenz.

Bei der Besprechung zwischen dem französischen und dem englischen Ministerpräsidenten in Chequers, an der auch noch und Beward teilnahmen, wurde von Lloyd George und Briand beschlossen, die Frage über die Art der Ausführung etwaiger Sanktionen gegen Deutschland einem Ausschuss von Sachverständigen zu unterbreiten. „Haupt“ schreibt, daß die beiden Ministerpräsidenten sich über folgende Frage verständigt haben: Wollten die Alliierten bis zum 1. Mai 1921 warten, um den Deutschen ihre Reparationsrechnung vorzulegen und um die Annahme ihrer Bedingungen zu erlangen? Sie werden auch die Rolle prüfen müssen, die sie nach dem militärischen und die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen spielen werden. Die augenblickliche Auffassung neigt entschieden zugunsten wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen. Zuständige juristische und

wirtschaftliche Sachverständige der Alliierten werden jetzt diese beiden Fragen prüfen und ihre endgültige Lösung vorbereiten.

## Ein Torpedoboot-Scandal.

Unlängst ging die Nachricht durch einen Teil der Presse, daß die Wilhelmshavener Reichswehr an eine Firma Seliger vier Torpedoboots zu dem außerordentlich billigen Preis von 104 000 Mk. verkauft habe. Jetzt meldet sich die Reichstreuhandlung, die in einem „Dementi“ erklärt, daß der Verkauf durch sie getätigt worden ist, und die weiter behauptet, daß die Abnahmekosten bei diesen leichtgehenden Schiffen so hoch gewesen seien, daß die Differenz zwischen dem Verkaufspreis von 20 000 Mk. pro Torpedoboot und dem Materialwert, der zurzeit des damaligen Verkaufs sich ergab, mehr als ausgereicht sei.

Dieses „Dementi“ enthält, wie das „L. T.“ erzählt, gar so Unrichtigkeiten. Nach Schätzung von Marinehochschülern hatte jedes Torpedoboot zu Schrotz verarbeitet einen Wert von 32 000 Mk. Nach dem Bericht der Sachverständigen betrugen die Abwastkosten damals für ein leichtes Torpedoboot 24 000 Mk. pro Firma bis also ein Reinergebnis von 28 000 Mk. pro Boot. Die Reichstreuhandlung schlug jedoch der Firma noch den Umkauf der ehemaligen Kriegsschiffe für Friedenszwecke vor. Beweis hierfür ist ein Brief der Reichstreuhandlung, in dem es heißt: „Wir nahmen ferner von Ihrem Herrn Gehemten Grundt mündlich gemachten Angebot Kenntnis, wonach Sie die bereits gekauften Torpedoboots Nr. 11, 13, 16, 20 nicht abwandern, sondern umbauen wollen, und bitten um Aufschluß des auf Grund der mündlichen Besprechungen aufgestellten belagerten Umbau-Kontrakts.“ Hier auf antwortete die Firma Seliger am 30. Oktober 1920: „Vorheriges Schreiben vom 27. d. Ms. wiederholen wir, daß wir die Torpedoboots 11, 13, 16, 20 ohne jede Umbau-Versicherung gekauft haben. Wir halten jedoch aufrecht, daß, wenn uns eine günstige Umbaumöglichkeit vorliegt und wir ansiehend das umgebaute Boot entsprechend verkaufen können, wir von dem Gewinn 25 Prozent an die Reichstreuhandlung abführen werden.“

Ein Kommentar zu dem „Dementi“ erscheint überflüssig.

## Eine Sowjet-Kaiserarmee.

In Riga ist die Nachricht eingetroffen, daß bis zum Sommer eine rote Kaiserarmee in Stärke von einer halben Million Mann gebildet werden soll. Festlich vom Dnjepr in den Gouvernements Cherson und Wolynsk wird eine rote Kaiserarmee in Stärke von 300 000 Soldaten organisiert, desgl. in den Gouvernements Jaroslaw und Kowgorod eine solche von 120 000 Soldaten. Die neuen Kaiserarmeen werden hauptsächlich aus Kirgisen, Kasachen, Tscherkessen und Tschetchenen gebildet. Ihr besonderes Augenmerk wenden die Volksgewalten jetzt der Artillerie zu. Fast alle arbeitenden Fabriken produzieren Artilleriebedarf. Als Rekruten hat man begonnen, aus besonders überzeugten Kommunisten besondere Armeen zur Unterdrückung von Aufständen aufzustellen.

## Die französische Industrie gegen den Wiederaufbau durch Deutschland.

Der französische Abgeordnete Hennessy legt im „Deuere“ seinen Forderung für eine Lösung der Entschädigungsfrage durch indirekte Zahlungsmittel zwischen Deutschland und Frankreich fort und gibt mehrere Briefe wieder, die er über diese Frage aus unterrichteten Kreisen erhalten habe. Besonders bemerkenswert ist die Zukunft einer Veranschlagung, die mit den Bewohnern der zerstörten Gebiete in händiger Fühlung steht und über die bisherigen Ergebnisse des Wiederaufbaus aus eigener Anschauung orientiert ist. Der Brief stellt fest, daß es nichts als eine Legende sei, wenn die Behauptung verbreitet werde, daß die Bewohner der zerstörten Gebiete a S H gegen die Deutschen für eine Zusammenarbeit widerstehen würden. Das Gegenteil sei richtig, denn es komme den Deuten vor allem darauf an, so schnell wie möglich ihre Häuser wieder aufgebaut zu sehen, und dafür seien ihnen die Deutschen am liebsten, weil sie deren Arbeitsmethoden kennen gelernt hätten. Weiterhin wird in dem Briefe die vollkommene Unzulänglichkeit der bisher von französischer Seite durchgeführten Arbeiten sehr anschaulich geschildert. Alles ist derartig, daß in zehn Jahren von dem, was heute gemacht werde, nichts mehr übrig sein werde. Die wahren Ursachen, die sich der Zusammenarbeit entgegenstellen, liegen vielmehr in dem Widerstand der gegenwärtigen französischen Industriekreise, die ungetreue Gewinne zu machen hoffen und die außerdem fürchteten, daß wenn deutsches Material ins Land komme, der Vergleich zu Ungunsten des französischen ausfallen würde. Zum Glück für die Bewohner der zerstörten Gebiete sind jedoch diese Unternehmerrisse sehr mächtig. Die Société generale d'entrepreneurs, die gegenwärtig 180 Franken für den Kubikmeter Mauerarbeit verlangt, werde von dem selben Herrn Loucheur geleitet, der in London über das Wiederherstellungsproblem verhandeln werde, und es wäre zu viel verlangt, daß er gegen sein eigenes Portemonnaie plädiere sollte. Die Bewohner der zerstörten Gebiete würden also weiterhin vergebens in ihren Forderungen die Entschädigung erwarten, die Deutschland nicht bezahlen könne. Dagegen werde Frankreich vielleicht das linke Rheintal, den Traum seiner Eroberungspolitik, erhalten, oder aber einen neuen Krieg.

## Deutscher Reichstag.

71. Sitzung am 28. Februar 1921, nachmittags 2 Uhr. Der auf den Antrag aller Parteien eingebrachte Gesetzentwurf über Änderung der Bekanntmachung über die Befreiung von Steuern, Grundschulden und Rentenverbindlichkeiten von 1916 wird ohne Debatte in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Verlängerung der Geltungsdauer des Entwaffnungsgesetzes.

Abg. Goldmann (L. S.) polemisiert gegen die bayerischen Einwohnerwahlen, die jetzt nur als ein Herz der Gegenrevolution anzusprechen seien. Es sei eine ganz falsche Darstellung, wenn in London der Eindruck erweckt werden solle, als ob in Bayern die Wahlen unentscheidlich seien. Die Organisation und die Führer sämtlicher Unternehmungen, wie Kapitänleutnant Eghardt, müßten ganz genau, wie der Wind wehe, und es befehle für das deutsche Volk aus neue die große Gefahr, daß seitens der Reaktion hier vollendete Tatsachen geschaffen werden sollen. Die Reichsregierung habe in der „München-Augsburger Abendzeitung“ ausdrücklich erklärt, sie denke gar nicht daran, falls etwa die Reichsregierung in London die Entwaflung zugelassen solle, den Entwaffnung in Bayern zu befehlen. Das bebede, daß die Reichsregierung dann die Entwaflung in Bayern ohne Unterbrechung durch die bayerische Regierung werde vornehmen müssen. Die Reichsregierung müsse daher nunmehr ernst machen und energig gehen Bayern vorgehen. Redner begründet dann den Antrag der Verbände auf sofortige Auflösung, Enttarnung und Auflösung der bayerischen Einwohnerwahlen und Ausbeutung der Waffenlieferungspläne auch auf einzeln liegende Gebiete und Gemeinden.

## Reichsminister Koch

erklärt namens der Reichsregierung: Diese hat für ein außerordentliches Volk die so schwere Aufgabe der Entwaflung in die Hand genommen und werde die Durchführung innerhalb der aufgestellten Fristen durchzuführen wissen. Dabei werde sie sich auf die hündige Erklärung der bayerischen Regierung stützen. Sie habe am Vorabend der Konferenz keine Frage vermeiden. Sie hatte es vielmehr für ihre Pflicht, die Einheitsfront des deutschen Volkes aufrecht zu erhalten.

Abg. Vogel (Soz.) polemisiert ebenfalls gegen das Verhalten der bayerischen Regierung, die den Maßnahmen der Reichsregierung zum mindesten passiven Widerstand leistet. Ministerliche Zusicherungen des Herrn v. Koch seien wertlos. Der Entwaffnungskommissioner hat gar, sich solche Zusicherungen schriftlich geben zu lassen. Der Reichsminister hat bereits eine Erklärung der bayerischen Regierung veröffentlicht, derzufolge sie zur Durchführung der Entwaflung bereit sei. Eherig Kommandierender auch die Demokraten — an ihrer Spitze der Abg. Müller-Meinungen — halten die Wahlen für unentscheidlich. Man hat nichts anderes im Auge als die Wiederherstellung der Monarchie in Bayern und Anschlag auf den Reichstag in Bayern. (Große Proteste.) Hierzu passen die Meldungen über den Zusammenstoß gewisser kommunistischer Elemente mit den Reaktionskräften vorzüglich. Das Geld kamme aus Frankreich und aus französischer Quelle. Man hat eben draußen Bayern als das schwächste Volk in der deutschen Republik erkannt und will von hier aus die deutsche Einheit untergraben. Es wird behauptet, daß in Bayern eine militärische Geheimorganisation bestehe und daß die Regierung Rahr hinter diesen Reichsminister stehe. Ganz ungenügend betreiben die bayerischen Staatskommissare die Geschäfte der Reaktion. Die Reichsregierung erklärt in einem Rundschreiben offen, daß sie die Waffen niemals abgeben werde. Die Reichsregierung muß dagegen endlich einbrechen. Wenn wir dem vorliegenden Gesetzentwurf zustimmen, dann geschieht es in der Erwartung, daß die Reichsregierung energisch die Rechte des Reiches der bayerischen Regierung gegenüber durchsetzt.

Abg. Gräfe (Dn.): Wir bedauern, daß diese Debatte überhaupt möglich ist, während unsere Delegierten sich auf der Reize nach London befinden. Die Tiraden der Unabhängigen werden auf das deutsche Volk keinen Eindruck mehr machen. Selbst die französischen Delegierten erkennen sie müßten nur rezidieren, weil es deutsche Schulte gebe, die immer wieder verrotete Waffen ansetzen. Wir werden diesem Gesetzentwurf zustimmen.

Abg. Dr. Levi (Komm.): Die Art der Durchführung des Entwaffnungsgesetzes ist ein Sohn auf der Verantwortung der Regierung, es würde gleichmäßig nach rechts und links durchgeführt werden. Die Zeit zwischen dem Ablauf des alten Gesetzes und dem Inkrafttreten der Verlängerung gewährt, um alle reaktionären Kräfte gegen das Gesetz zu machen. (Widerstand.) Eine Annahme höchster Glaubens und bösen Willens der deutschen Regierung liegt in der bisherigen Handhabung des Gesetzes. Darum lehnen wir auch diese Vorlage ab.

Abg. Brüninghaus (D. Vot.) erklärt namens der Zentrum, der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Demokratischen Partei in gegenwärtigen Augenblick die Entschädigungen der Unabhängigen für eine unnötige Störung der Londoner Verhandlungen und für unreife Delegierten. Wir lehnen sie ab und bitten der Reichsregierung.

Abg. Dr. Heim (Bsp. Vot.): Es ist nicht wahr, daß die Noten der Regierung Rahr geheim gehalten worden sind. Es ist auch nicht wahr, daß die bayerische Regierung ein Gefangener der Reichsregierung. Das Statut der bayerischen Einwohnerwahl ist von einem sozialistischen Minister gemacht worden. Man würde es für eine Freigabe halten



Wann ist hier nicht von ihm Zeugnis abgelegt. (Beifall.)  
Zu mühe im entscheidenden Augenblick Front machen, wenn die Einwohnerversammlung in reaktionären Kreisen mißbraucht werden. Mit der sozialdemokratischen und kommunalistischen Geschlechtsarten von reaktionären Bestrebungen und bayerischen Mordzentralen haben sich als Erfindungen erwiesen. Ehrhardt kann ja gar nicht verhaftet werden, weil er unter die Amnestie fällt. (Süß, lächelt bei den Süß.) Jetzt wird ihm nachgelagt, er mache mit Stimmes zusammen eine neue Bestimmung. Herr Stimmes kennt ihn aber eben wenig, wie der bayerische Verfassungsmäßig. Ragner leidet besonders unter solchen Schandbelästigungen. (Lärm bei dem Komm. Abg. Waldahn (Komm.) auf dem Redner zu „Schicker“ und wird deshalb vom Vorsitzenden in Best. gestört.) Mit den Nationalsozialisten haben wir gemäß nicht zu tun. Wer glaubt, man könne in Bayern politische Klänge ausführen, der ist im Irrtum. Niemals bestand weniger Bevölkerung, nationalpolitische Kernschichtpolitik zu treiben als jetzt. Alle Länder sind angewiesen auf eine Politik der Zusammenarbeit der Völker, und wäre es erwidert, wenn die Staatsautorität zu wüßte, daß wir keine Selbstschutzorganisation mehr brauchen. (Beifall rechts und im Zentrum.)  
Abg. Greber (Einw.): Die Reichsregierung hat sich von Herrn v. Kahr wieder einwählen lassen. Die bayerische Regierung hat sich zuweilen gezeigt, wenn mit dem Gebotnis zur Reichsregierung Ernst gemacht werden soll, dann verlassen die bayerische Regierung und die Bayerische Volkspartei. Herr v. Preger zeigt sich heute nicht, weil er bei der bayerischen Regierung schon unter durch ist. Die Herrschaft ist eben verfallen, wie Herr Dr. Kehr, wenn er gegen Ehrhardt verteidigt. Wollen Sie leugnen, Herr Dr. Heim, daß Sie durch den Grafen Köhmer Verbindung mit der Entente gehabt haben. Er treibt dieselbe Politik der Sympathie für die bayerische Regierung. Die von ihm vertretenen Einwohnerversammlungen sind heute zu reaktionären Schützern geworden.

Abg. Preger: Dr. Bell erklärt, daß er mehrere Meinungen des Vorredners gegen die bayerische Regierung, die er wegen des bayerischen Votums des Vorredners nicht recht verstanden habe, als parlamentarisches (Danks) polemisiert gegen die sozialistische Partei, der er das Recht abspricht, hier als Tagesmächter aufzutreten. Nicht der Schatten eines Beweises ist erbracht worden für die Behauptung, daß Bayern sich gegen die Reichsregierung auflehne und den Bruch der Verfassung anstreibe.  
Nach einer Reihe weiterer persönlicher Bemerkungen nimmt Abg. Dr. Rosenfeld das Wort zu einer nochmaligen Polemik gegen die bayerische Regierung, den Ort der Einwohnerversammlungen und der Tages und tritt für die Anträge seiner Partei ein. Die bürgerlichen Parteien hätten bislang verlangt und auch auf die Reichsoffizialen in Berlin Verzicht leisten müssen.  
Reichsoffizial Dr. Peters hält die unabhängigen Anträge für unzumessbar, da das Gesetz ja selbst klar und deutlich spreche.

Abg. Dr. Rosenfeld (H. S.) protestiert im Namen des gesamten deutschen Volkes (Stürmische Heiterkeit) gegen die Anklage des Entwurfskommissionärs, daß die unabhängigen Anträge überflüssig seien.

Der Entwurf wird sodann gegen die äußerste Linke angenommen, die unabhängigen Anträge abgelehnt gegen die gesamte Linke, beschränkt in der Mitte.

Die Erörterung wird sodann fortgesetzt beim Reichsfinanzministerium.

Abg. Herr (H. S.) erstattet Bericht über die Ausführenden Verhandlungen und bittet den Finanzminister um die im Ausschuss verhandelte genaue Auskunft über die Steuererträge. Gegenwärtig Erzhilf und von den Reichshilfen.  
Reichsfinanzminister Dr. Wirth gibt sodann eine kurze Erklärung ab, daß in der Sache des bekannten Amsterdamer Bankhauses Gruber, Schilling & Co. die Untersuchung ergeben habe, daß in mehr als 10 Fällen in Kapitalverleugungen in ins Ausland verlegt worden seien und daß bisher eine Gesamtsumme von 2,1 Millionen als verfallen festzustellen sei. Im Falle Spira sei bisher festgestellt, daß die hinterzogene Summe an Steuern und Steuerstrafen 6 Millionen Mark übersteige. Das Verfahren gegen die beiden Mitglieder des Hauses haben wir noch nicht abgeschlossen.

Das Haus verliert die Weiterberatung sodann auf morgen mittags 1 Uhr. Schluß 6 1/2 Uhr.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. D. A.), in dem die meisten Bergbauangestellten organisiert sind, hat dieser Tage in Hannover auf einer Konferenz, die mehrere Tage dauerte und an der sowohl technische als kaufmännische Bergbauangestellte als auch Knappschaftsangehörige aus allen Teilen Deutschlands teilnahmen, zu dem Entwurf einer Stellung genommen. Es wurde u. a. beschlossen, daß in dem Gesetz Sonderbestimmungen aufgenommen werden müssen, die der Sonderstellung der Angestellten entsprechen. So soll unter allen Umständen die Angestelltenversicherung von der Arbeiterversicherung getrennt werden. Es soll aber auch der Einfluß der Angestellten auf die Verwaltung des Reichs-Knappschaftsvereins sowie der vorgehenden Bezirksknappschaftsvereine sichergestellt werden. Die Knappschaftsämter sollen nicht wie bisher lediglich Arbeiter seien, sondern die Angestellten sollen das Recht haben, aus ihren Reihen ebenfalls Knappschaftsämter zu wählen. Ferner soll die Hauptverwaltung und der Vorstand nicht wie bisher nur durch Arbeiter, sondern auch durch Angestellte gebildet werden.

Gegen die in dem Gesetzentwurf vorgesehene Bestimmung, daß die Angestellten der Knappschaftsvereine den Charakter der öffentlich-rechtlichen Beamten erhalten sollen, wurde einstimmig von allen in Frage kommenden Angestellten Protest erhoben und beschlossen, dahin zu wirken, daß die Angestellten nach wie vor Privatangestellte bleiben müssen.

Der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei hielt vorerwähnt und gestern in Berlin eine vertrauliche Besprechung ab. Der Parteivorstand der Partei tritt am 12. und 13. 3. in Berlin zusammen.

Ein Erfolg demokratischer Mittelstandspolitik. Ein langgehegter Wunsch des gewerblichen Mittelstandes ist nun endlich in Erfüllung gegangen. Die Preussische Landes- auftragsliste, die unter besonderer Mitwirkung des preussischen Handelsministers Fischbeck ins Leben gerufen wurde, hat jetzt ihre Wirksamkeit begonnen. Diese Liste (Sitz in Berlin, Unterfränkische Str. 2b) verfolgt den Zweck, die Interessen der preussischen Gewerbetreibenden bei behördlichen Aufträgen (z. B. beim Wiederkauf in Belgien und Nordirland, für die Reichspost, Eisenbahn, Reichswehr, Polizeiverwaltung usw.) zu wahren und vor allem für eine genügende Berücksichtigung des Handwerks und Kleinergewerbes Sorge zu tragen.

Das Wahlprüfungsgericht des Reichstages hat eine Anzahl von Stimmpapieren, die in Hessen für unzulässig erklärt waren, für gültig erklärt. Dadurch ist der Demokrat Triebmann an v. Vorstandsmittglied des Bauernbundes gewählt. Infolgedessen hätte die auf der Reichspost gewählte Frau Widens ausbleiben müssen. Infolgedessen mußten mehrere der Wahlprüfungsmitglieder auf der Reichspost zurücktreten, die dem Reichstage erlaubt.

In der Strafsache gegen den jetzt wieder in Haft genommenen Hauptmann v. d. A. Kessel ist Verhandlungstermin auf den 15. 3. vor dem außerordentlichen Schwurgericht des Landgerichts I Berlin angesetzt worden.

### Auslands-Rundschau.

Revisions des englisch-japanischen Abkommens? „Dail Mail“ verweist, eine vollkommene Revision des englisch-japanischen Bündnisses werde demnächst erfolgen. Die Dominionen würden auf der Konferenz, die sich mit dieser Frage beschäftigen, vertreten sein.

Zur Bigamie und freies Ehe. Der sächsische Abg. Karpischa hat einen Gesetzentwurf eingebracht, nach dem für jeden Mann unter 50 Jahren die Bigamie (Doppelheirat) nicht nur erlaubt, sondern gefordert werden soll. Abg. Karpischa hat die Anerkennung der freien Ehe in einem Gesetzentwurf verlangt und hat diesen mit der Wohnungsnot begründet, der dadurch ein Ende gemacht werden könnte.

Zwischen italienischen und amerikanischen Kapitalisten sind Verhandlungen im Gange betreffend ein finanzielles Abkommen, wonach die amerikanische Gruppe der italienischen Gruppe Getreide und Rohstoffe im Werte von 50 Millionen Dollar gegen Zahlung nach fünf Jahren zu liefern hätte. Das Abkommen soll in den nächsten 14 Tagen zum Abschluß kommen.

Japan bezieht auf der Insel Yap. Maßgebende japanische Kreise sind der Ansicht, daß Japan darauf bestehen wird, die Mandatarrechte für die Insel Yap zu sein. Japan wird seinen Anspruch auf den vom Obersten Rat im Mai 1919 gestellten Beschluß gründen.

Japan Gewerkschaft in Polen wird der „Katon Radom“ aus Warschau berichtet. Die Gewerkschaft ist militärisiert worden. Auf Befehl des Kommandanten des Warschauer Militärbezirks wurde das Streikrecht verboten. Streifen und Matrosen für den Streik werden mit Gehirnen und Erbsen bedroht. Die Zentralkommission der Gewerkschaften der polnischen Republik rief zum Generalstreik aus Polen für den 28. Februar und 1. März auf, wenn die Regierung nicht vorher die Militärisierung der Eisenbahnen aufhebt. Im Notfall soll der Generalstreik verhängt werden.

### Falle und Umgegend.

Neue städtische Wohnungsbauten.  
Dem Bauausschuß lag in seiner gestern nachmittag abgehaltenen Sitzung eine wichtige Vorlage des Magistrats über die Errichtung von Wohnwohnungen vor. Es ist geplant, an der Merseburger Straße und zwar auf dem Wernickefeldschen Gelände 60 Wohnungen mit einem Kostenaufwand von dreieinhalb Millionen Mark zu errichten. 42 Wohnungen sollen Dreizehnmehrwohnungen, 18 Wohnungen Zweizehnmehrwohnungen sein. Aus Mangel an Baumaterial sind Gipstreifenwände vorsehen. Der Bauausschuß erkannte die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit an und genehmigte das Projekt. Die Ausführeibung soll sofort erfolgen.

Ein zweites Projekt sieht Wohnwohnungen in der Freimfelderstraße, nämlich der Desinfektionsanstalt vor. Man plant hier 24 Dreizehnmehrwohnungen. Die Kosten sind auf 1.610.000 Mark veranschlagt. Man hofft auf einen Zuschuß von 550.000 Mark vom Staate. Auch diese Vorlage wird angenommen.

### 50 Millionen für Siedlungszwecke.

Wie wir erfahren, hat der Landverleierungsverband für die Provinz Sachsen in seiner letzten Vertreterversammlung einstimmig beschlossen, das Siedlungswert in unserer Provinz

ingroßzügiger Weise zu fördern. Er wird zu diesem Zweck eine Obligationen-Ausleihe bis zu 50.000.000 Mk. aufnehmen, für welche der gesamte Großgrundbesitz der Provinz haften. Aus diesem Betrage sollen der gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft Sachsentum Mittel zum Erwerb von geeignetem Siedlungsland zur Verfügung gestellt werden. Es darf erhofft werden, daß durch diese Maßnahme die dringend notwendige innere Kolonisation eine fröhliche Förderung erfahren wird.

### Mitteil und Sprache.

In der am Sonntag in der Unterfränkischen Zeitung von Frau v. G. m. r. tagenden Verammlung der hiesigen Ortsgruppe des Deutschen Sprachvereins hielt Geheimrat A. u. n. einen Vortrag über Mittel und Sprache mit Vorführungen und Lichtbildern, der sich um folgende Grundgedanken aufbaute: Die deutsche Volkssprache erleidet seit in unserer Vaterland. Sie vertritt uns die Gedankenwelt aller Zeiten und Völker und schafft uns Klarheit über unser eigenes Denken. Unser Sprechen ist immer begleitet von mündlichen Bewegungen, die auch Ausdrucks- und Einheitsbewegungen sind. Sie sind die Signale unserer inneren Vorgänge, und lösen die Macht der Arbeit und des Denkens, des Willens, der Affekte, der Empfindungen. Sie beeinflussen im hohen Grade die Beziehungen der Menschen untereinander. Freundliche Mienen erwecken rings im Kreise Trost; ein düsteres Gesicht verdrückt Mitleidenschaft. So regiert das in den mündlichen Bewegungen sich ändernde Bild, das die Seele durch ungewisse Verbindung die Gesinnung der Umgebung, und wir erkennen in der Gestalt der Menschen die Mienenpolitik als Mienenpolitik, die denselben Stimmungen, Gefühlen und Affekten unterworfen sind und sich durch Einfließen als Inbegriffen erkennen. Die Mittel wirkt im Sinne der Überzeugung und beeinflusst durch das Gefühl auch die Zeitscheidung, nicht nur des Einzelnen, sondern ganzer Völker. Die richtigen und aufstrebenden mündlichen Ausdrucksbewegungen, die Gehörswort, Bild, Haltung, Tonfall der Stimme tragen ungeheuer viel zum Erfolg eines Redners bei. Daher ist für öffentliche auftretende Personen die Pflege der Sprechorgane und der Mittel von größter Wichtigkeit.

Nach dem Stande der heutigen Fortschritte muß man annehmen, daß es ein Denken ohne Worte gibt, ein Denken, das sich nur mündlich äußert. Beileidige des Denkens würden uns oft über uns selbst. So erzählt ein Schwärmer, die Sprache mit dem Gefühl der Verwirklichung. Die Sprache ist zugleich ein Naturereignis und ein Kunstprodukt. Sie interpretiert die geistigen Erzeugnisse der Denkerbeweise. In einem einzigen Worte liegen ganze Reiche von Denkmöglichkeiten; deshalb kann man in anderen Komplexen denken. Weil solche Worte der Außenwelt bereits in unserer Sprache nicht mehr vorhanden, ist es uns heute leicht gemacht, uns einzuflechten, zu sammeln, zu konzentrieren.

In unserm Gefühl, besonders im Auge, spiegeln sich alle unsere Gefühle wieder. Der Bild stellt die Gedanken unter Gebirgsarbeit dar. Die Sprache ist aber nur vorhanden, wenn die Mittel nicht einfließt und nicht offen wird, sondern unmittelbar aus dem Gefühl quillt. Dann ist sie die Gefühle und bis zu einem gewissen Grade auch die Gedankenwelt der Seele. Die Sprache des Volkes ist die Sprache der Seele. Die Mittel treibt die Gefühle in die Sprache. Die Mittel treibt die Gefühle in die Sprache. Die Mittel treibt die Gefühle in die Sprache.

Der Redner schloß die Gedanken- und Gefühlsweiten unterer Welt mit der besten Sprache. Unsere Mutterzunge und unsere Stammsprache sind uns die besten. Die Mittel treibt die Gefühle in die Sprache. Die Mittel treibt die Gefühle in die Sprache. Die Mittel treibt die Gefühle in die Sprache.

Der Redner schloß die Gedanken- und Gefühlsweiten unterer Welt mit der besten Sprache. Unsere Mutterzunge und unsere Stammsprache sind uns die besten. Die Mittel treibt die Gefühle in die Sprache. Die Mittel treibt die Gefühle in die Sprache. Die Mittel treibt die Gefühle in die Sprache.

Carlos de Toledo und Breger Hammer.

Ein brasilianischer Sänger und ein skandinavischer Pianist hatten sich zusammengesetzt und setzten uns deutsche Musik vor. Die Musik war sehr schön und sehr angenehm. Der Sänger war Carlos de Toledo und der Pianist war Breger Hammer. Die Musik war sehr schön und sehr angenehm. Der Sänger war Carlos de Toledo und der Pianist war Breger Hammer. Die Musik war sehr schön und sehr angenehm. Der Sänger war Carlos de Toledo und der Pianist war Breger Hammer.

Der Bauausschuß beschließt sich gestern u. a. mit einer Vorlage, die die Infanzubehör elektrischer Abfertigungsstellen in den Schulen betrifft. Schon zu Anfang des Krieges hatte man für eine Reihe von Schulen nach dem Entlass der Einrichtungs elektrischer Abfertigungsstellen beschließen. In vier Schulen wurde die Arbeit schon begonnen. Die Kosten der Abfertigungsstellen betragen 100.000 Mark. Man rechnet bei den 7500 Mark Aufwandskosten auf jährlich 1000 Mark, was eine gute Veranlagung und Amortisation bedeuten würde. Der Referent beantragte zunächst erst einmal die 3000 Mark, die von früher her zur Verfügung stehen. Der Referent beantragte die notwendigen Anlagen zu erwerben. In der Folgezeit werden die Anlagen in den Schulen inoffiziell zur Verfügung haben, als viel Nutzen damit verbunden werden. Die elektrische automatische Spülung

Dr. H. Kleemann.







Berliner Fondsbörse vom 28. Februar.

Der Wochenbeginn ließ an der Börse kein lobhafteres Geschäft erkennen. Die Umsätze waren auch wie vor minimal.

Die Tendenz konnte sich als abwärts wachsend, wovon besonders der beim 10 pCt. K. betroffen wurde.

Am Montagnachmittag waren von den westlichen Wertpapieren die Aktien der Eisenbahnen, der Bergbau- und der Industrieaktien im Vordergrund.

Der Schiffahrtsaktienmarkt verkehrte bei vorwiegend abwärts wachsenden Kursen.

Unter den chemischen Papieren waren Goldschmidt stärkeren Abgaben ausgesetzt.

Die Umsätze der Petroleumwerte waren auch wie vor minimal.

Die Tendenz konnte sich als abwärts wachsend, wovon besonders der beim 10 pCt. K. betroffen wurde.

Am Montagnachmittag waren von den westlichen Wertpapieren die Aktien der Eisenbahnen, der Bergbau- und der Industrieaktien im Vordergrund.

Der Schiffahrtsaktienmarkt verkehrte bei vorwiegend abwärts wachsenden Kursen.

Nachdem Die sogenannten Valutaraten nicht einheitlich, Spro. Mexikaner stark abgeschwächt, dagegen die Spro. Tehuantepec-Obligationen lebhaft gesucht und 34 pCt. höher.

Der Kassamarkt für Industriepapiere zeigte eine vorwiegend feste Haltung.

Im weiteren Verlaufe war die Haltung nicht ganz einheitlich, vornehmlich eine leichte Erholung.

Konsumkennzeichen weiter rückgängig, 6,85 (gestern: 7,00). Kriemsee 17% (18%).

Markierungen heute: Amsterdam 4,69, Zürich 9,00.

Paris, 26. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Emission de 6 1/2 pCt. Obligations des Credit Foncier de France war erfolgreich und konnte vorzeitig geschlossen werden.

Stocholm, 27. Februar. Die Regierung hat die Anstehende für Bronzhalt sowie für Häute und Felle aufgehoben.

Kurszeitung der Berliner Börse vom 28. Februar.

Die Zahlen vor den Kursen bedeuten bei den festverzinslichen Papieren den Zinssfuß bei den Aktien die zuletzt ausgegebene Dividende.

Deutsche Anleihen

Table with columns for bond types (e.g., D.R.-An., Pr.-Anleihen) and their respective values.

Ausländische Anleihen

Table listing foreign bonds from various countries like Greece, Mexico, and others.

Aust. Eisen.-Oblig.

Table listing Austrian railway bonds.

Präussische Pfandbriefe

Table listing Prussian mortgage bonds.

Leih- u. Obligationen

Table listing loan and obligation securities.

Industrie-Aktien

Table listing various industrial stocks.

Deutsche Eisen.-Akt.

Table listing German railway stocks.

Kleinhändl.-Aktien

Table listing small retail stocks.

Stadtkassen

Table listing municipal treasury securities.

Schiffahrts-Aktien

Table listing shipping stocks.

Bank-Aktien

Table listing bank stocks.

Heute (Vergl.)

Table comparing today's market with previous days.

Heute (Vergl.)

Table comparing today's market with previous days.

Heute (Vergl.)

Table comparing today's market with previous days.

Heute (Vergl.)

Table comparing today's market with previous days.

Heute (Vergl.)

Table comparing today's market with previous days.

Heute (Vergl.)

Table comparing today's market with previous days.

Heute (Vergl.)

Table comparing today's market with previous days.

Heute (Vergl.)

Table comparing today's market with previous days.

Heute (Vergl.)

Table comparing today's market with previous days.

Heute (Vergl.)

Table comparing today's market with previous days.

Heute (Vergl.)

Table comparing today's market with previous days.

Heute (Vergl.)

Table comparing today's market with previous days.

Heute (Vergl.)

Table comparing today's market with previous days.

Heute (Vergl.)

Table comparing today's market with previous days.

Heute (Vergl.)

Table comparing today's market with previous days.

Heute (Vergl.)

Table comparing today's market with previous days.

Heute (Vergl.)

Table comparing today's market with previous days.

Heute (Vergl.)

Table comparing today's market with previous days.